



13.04.2022 – 17:28 Uhr

Regierungsrätin Hasler besucht die Republik Moldau und bekräftigt Liechtensteins Solidarität

Vaduz (ots) -

Vom 11. bis 13. April besuchte Regierungsrätin Dominique Hasler die Republik Moldau. Ziel ihres Besuchs war es insbesondere, sich ein genaueres Bild über die aktuelle Flüchtlingssituation aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Land zu machen. Mit der Republik Moldau verbindet Liechtenstein seit langem eine enge Partnerschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Regierungsrätin Hasler nutzte daher die Gelegenheit, um die Solidarität Liechtensteins zu bekräftigen. Liechtenstein wird Flüchtlinge aus dem Land übernehmen und hat bereits zusätzliche finanzielle Beiträge geleistet, um ukrainische Flüchtlinge vor Ort zu unterstützen.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit in Zeiten besonderer Herausforderung

Die Republik Moldau ist ein direktes Nachbarland der Ukraine und steht momentan wegen des russischen Angriffskrieges vor grossen Herausforderungen: Zum einen sieht sich das Land mit grossen Zahlen von Flüchtlingen aus der Ukraine konfrontiert. Zum anderen handelt es sich bei der Moldau um eines der am wenigsten entwickelten Länder in Europa, welches nur über beschränkte Kapazitäten verfügt, um mit der anspruchsvollen Situation umzugehen.

"Die Republik Moldau ist ein kleines Land, welches in diesen schwierigen Zeiten auf deutliche Signale der westlichen Partner angewiesen ist. Liechtenstein hat im Rahmen der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) seit 2007 mehr als 11 Millionen Franken für Bildungsprojekte im Land eingesetzt. Mir ist es wichtig, mit diesem Besuch zum Ausdruck zu bringen, dass wir weiterhin an der Seite der Republik Moldau stehen und unsere Unterstützung ausbauen", machte Regierungsrätin Hasler bei ihrem Besuch deutlich.

Unfassbares Leid erfordert kontinuierliche Unterstützung

Im Rahmen ihres Aufenthaltes besuchte Regierungsrätin Hasler ein Aufnahme- und Durchgangszentrum des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR). Dieses ist in einer Ausstellungshalle MoldExpo in der Hauptstadt Chisinau eingerichtet. Alleine dort sind derzeit rund 400 Flüchtlinge, darunter viele Kinder, untergebracht. Liechtenstein hat dem UNHCR bisher 300'000 Franken für seine Hilfsaktivitäten im Ukraine-Kontext, insbesondere in der Moldau zur Verfügung gestellt. Das Zentrum in der MoldExpo ist von grosser Bedeutung, da es Nothilfe sicherstellt, die Flüchtlinge registriert und für eine allfällige Weiterreise in andere europäische Länder vorbereitet. "Das Schicksal der Flüchtlinge hat mich zu tiefst betroffen gemacht. Es ist eine Tragödie, dass wir im Europa des 21. Jahrhunderts so grosses Leid erleben müssen. Es scheint mir von zentraler Bedeutung, dass auch Liechtenstein seinen Beitrag leistet, um die Flüchtlinge bestmöglich zu unterstützen."

Moldau bereits seit langem Schwerpunktland Liechtensteins

Regierungsrätin Hasler nutzte den Besuch zudem, um einen Teil der Bildungsprojekte des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED) in der Moldau zu besichtigen. Die Republik Moldau bildet ein Schwerpunktland des LED, welcher Projekte vor Ort unterstützt. Der Fokus liegt dabei bei der Verbesserung der Berufsbildung, wobei der LED hier eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der Lehrpläne einnimmt. Das neueste Berufsbildungsprojekt befasst sich mit der Ausbildung von ExpertenInnen im Bereich der Solarenergie und war Teil des Besuchsprogramms der Regierungsrätin.

Krise dominiert politische Gespräche

Während der Reise fand ausserdem ein Höflichkeitsbesuch bei Präsidentin Maia Sandu sowie ein Arbeitsgespräch mit Aussenminister Nicu Popescu statt. Dabei standen die aktuelle Ukraine-Krise, das Engagement des LED in der Republik Moldau sowie die laufenden Verhandlungen für ein EFTA-Freihandelsabkommen im Zentrum. Zudem fand ein Treffen mit Bildungsminister Anatolie Topala statt, bei welchem insbesondere die Projekte im Bereich der Berufsbildung thematisiert wurden.

Pressekontakt:

Ministerium für Äusseres, Bildung und Umwelt
Martin Frick, Leiter Amt für Auswärtige Angelegenheiten
T +423 236 60 50